

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Verfassungswidrige KAG-Beitragsbescheidung im Land Brandenburg gemäß Bundesverfassungsgericht sofort stoppen

Am 12. November 2015 gab das Bundesverfassungsgericht zwei Verfassungsbeschwerden Cottbuser „Altanschließer“ statt. Damit steht nun fest, dass eine rückwirkende Beitragserhebung, nicht im Einklang mit dem Grundgesetz stehen kann.

Bis zum 31.12.2015 hatten die Aufgabenträger im Bereich Trinkwasser/Abwasser im Land Brandenburg einen Gesetzesauftrag durch das KAG-Brandenburg, und damit quasi einen Zwang zur Beitragserhebung. Nicht nur betroffene Bürger, sondern auch zahlreiche Zweckverbände und Hauptverwaltungsbeamte beklagten und beklagen sich über diese von „OBEN“ per Gesetz angeordnete Aktion.

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes kam keinesfalls überraschend. Bereits im Jahr 2013 gab es zwei Entscheidungen (Beschluss vom 03. September 2013 - 1 BvR 1282/13 und Urteil vom 17.12.2013 1 BvL 5/08) in denen verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Formulierungen des Brandenburger Kommunalabgabengesetz, insbesondere den § 8 Abs. 7 Satz 2 , geäußert worden sind. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte das Kommunalabgabengesetz dahingehend geändert werden müssen, von der Rückwirkung Abstand zu nehmen.

Viele Verbände wollten rückwirkend keine Beiträge erheben, mussten dies aber tun. So ist der Märkischen Allgemeinen vom 21.12.2015 zu entnehmen, dass der beispielsweise der Verband Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde zu einer Beitragserhebung gezwungen worden sei. Ähnlich verhielte es sich beim TAZV Luckau. Hier wurde avisiert, ohne eine rückwirkende Beitragserhebung und eine verfassungswidrige Nacherhebung der Zuwendungen des Schuldenmanagementfonds einzustellen.

Noch im Dezember 2015, sogar zum Weihnachtsfest, versendeten viele Märkische Abwasser- und Wasserzweckverbandverbände „neue“ rückwirkende Beitragsbescheide, um die von der Landesregierung und dem Landtag gesetzte Frist vom 31.12.2015 zu halten.

Im Bereich des z.B. TAZV Luckau, aber auch vielen anderen Verbänden wird auf die zahlreichen Aussetzungsanträge der Betroffenen nicht reagiert. Die Bürgerinnen und Bürger werden mit Ihren Nöten, Sorgen, Existenzängsten und der Geldnot, wie sie

diese Bescheide, mit ihren z.T. exorbitanten Forderungen, bezahlen sollen, schlicht allein gelassen.

Die Landesregierung und der Landtag haben dieses Rechtskonstrukt der rückwirkenden Beitragsbescheidung erfunden, durchgesetzt und zu verantworten. Deshalb muss jetzt auch gehandelt werden, um endlich wieder Ruhe und Vertrauen herzustellen und den Bürgern die z.T. existenziellen Ängste zu nehmen und landesweit einheitliche Rechtsanwendung sicherzustellen. Es kann nicht vom Zufall abhängen, ob Bürger verfassungskonform behandelt werden.

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, per kommunalaufsichtsrechtlichem Einschreiten der oberen Rechtsaufsicht im Land Brandenburg, die sofortige Aussetzung der Vollziehung aller Anschlussbeitragsbescheide anzuordnen.
2. Eine Widerspruchsbearbeitung ist, bis zur vollständigen Klärung der Rechtslage, auszusetzen.

Begründung:

1. Per Rundbrief vom 18. Dezember 2015 weist das Ministerium des Innern und Kommunales die Aufgabenträger darauf hin, „...in eigener Zuständigkeit zu prüfen, ob und in welchen Fällen die vorliegende Entscheidung Auswirkungen auf die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen sowie auf die Durchführung des Vollstreckungsverfahrens haben kann.“
2. Somit ist keine einheitliche Rechtsanwendung im Land Brandenburg gegeben. Jeder soll machen wie er will und wie er denkt.
3. Der § 80 Abs. 4 Satz 3 der Verwaltungsgerichtsordnung, ein verfassungskonformes Bundesgesetz, führt aus: **„Die Aussetzung (..von Bescheiden..) soll bei öffentlichen Abgaben und Kosten erfolgen, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des angegriffenen Verwaltungsakts bestehen...“**
4. Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgericht vom 12. November 2015 bestehen nicht nur ernste Zweifel, eine rückwirkende Beitragserhebung, eine Nachberechnung, für Beitragstatbestände, die vor 1998 begründet sind, sind schlicht verfassungswidrig.
5. Es gibt also keine ernsthaften Zweifel an der Rechtmäßigkeit, sondern es ist sicher, dass sie rechtswidrig sind.
6. Diese Zweifel bestehen nicht erst seit dem 12.11.2015, sondern bereits seit März 2013, mit dem ersten Beschluss des BVerfG zum KAG. Handeln wer also schon längst geboten gewesen.
7. Das Bundesverfassungsgericht ist neben der Tätigkeit als oberstes Deutsches Gericht auch oberste Bundesbehörde. Deren Entscheidungen sind nicht interpretierbar, sie sind anzuwenden.

8. Die Menschen im Land Brandenburg haben es verdient, dass nunmehr nach Jahren der Willkür, der Ängste und Sorgen für Klarheit und für eine einheitliche Rechtsanwendung gesorgt wird. Sie dürfen nicht weiter mit Ihren Nöten, Sorgen und Ängsten allein gelassen werden. Auch die Hauptverwaltungsbeamten und die Aufgabenträger brauchen in der einheitlichen Anwendung der Rechtsnormen Klarheit, an der es bisher fehlt.

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe